

Antrag



Wartehäuschen der Wiener Linien Skodagasse Onr.7

Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 24.09.2025 gemäß §24 GO BV folgenden Antrag.

Antrag

Die Wiener Linien werden ersucht, das Wartehäuschen in der Skodagasse vor Onr. 7 durch ein modernes, transparentes und begrüntes Wartehäuschen zu ersetzen.

Begründung

Das bestehende, nicht mehr zeitgemäße und teilweise desolate und verunstaltete Wartehäuschen ist durch seine Situierung und bauliche Ausführung in den Abendstunden ein schlecht einsehbarer Raum. Die neuen Wartehäuschen sind offen und transparent ausgeführt und bestechen durch ihr modernes Design. Zusätzlich verfügen sie über eine extensive und wartungsarme Dachbegrünung und tragen damit zu einem kleinen Beitrag hinsichtlich Artenvielfalt und Klimawandelanpassung bei.

Anhang



Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Antrag



Fertigstellung des Linienkreuzes U2/U5

Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2025 gemäß §24 GO BV folgenden Antrag.

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Ulli Sima, wird ersucht, der Bezirksvertretung Josefstadt den aktuellen Stand der Planungen zum Bau des Linienkreuzes U2/U5 mitzuteilen, sämtliche Pläne zur Oberflächengestaltung der Landesgerichtsstraße, der Auerspergstraße sowie aller weiteren angrenzenden bzw. derzeit von Baustellen betroffenen Straßenzüge offenzulegen und die rechtzeitige Fertigstellung der U-Bahn-Linien U2 und U5 insgesamt prioritär zu behandeln.

Begründung

Der Ausbau der U-Bahn-Linien U2 und U5 ist eines der zentralen Infrastrukturprojekte Wiens und betrifft die Josefstadt unmittelbar durch die Realisierung des neuen Linienkreuzes an der Station Rathaus sowie durch die umfangreichen Bauarbeiten entlang der sogenannten Zweierlinie.

Von erheblicher Bedeutung für die Josefstadt ist auch die Oberflächengestaltung nach Abschluss der Bauarbeiten. Die Landesgerichtsstraße, die Auerspergstraße sowie angrenzende Straßenzüge sind zentrale Verkehrsachsen, die im Sinne von Klimaschutz, Aufenthaltsqualität, Verkehrssicherheit und attraktiver Gestaltung für Fußgänger:innen und Radfahrende neu gedacht werden müssen. Bislang liegen jedoch keine letztgültigen Pläne über die Gestaltung nach Fertigstellung der U-Bahn-Trassen vor.

Die wiederholte Forderung nach Transparenz und Offenlegung der Planungen ist daher notwendig, damit die Bezirksvertretung ihre Mitwirkungsrechte wahrnehmen und die Interessen der Bevölkerung vertreten kann. Nur durch frühzeitige Information und Einbindung lassen sich tragfähige Lösungen entwickeln, die sowohl den Anforderungen der Mobilität als auch jenen der Lebensqualität gerecht werden.

Darüber hinaus ist eine zügige Fertigstellung der Bauarbeiten wünschenswert. Bereits in der Vergangenheit kam es zu erheblichen Verzögerungen bei der Fertigstellung und Wiederaufnahme des U2-Bauabschnitts Schottentor-Karlsplatz. Jüngste Medienberichte (z. B. Kurier vom 14. September 2025) weisen zudem auf Kostensteigerungen und mögliche weitere Verzögerungen bei einzelnen Ausbaustufen hin. Auch wenn diese teilweise Abschnitte betreffen, die nicht direkt an die Josefstadt angrenzen, ist eine rechtzeitige Fertigstellung für die gesamte Stadt und insbesondere für die betroffenen Anrainer:innen im 8. Bezirk von großer Bedeutung. Eine klare Priorisierung seitens der Stadt Wien ist daher dringend erforderlich.

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Sitzmöglichkeiten Hundezone Hamerlingpark

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung
am 24.09.2025 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen mögen überprüfen, ob der Lüftungsschacht der Garage in der Hundezone Hamerlingpark mit Sitzmöglichkeiten (z.B. Holzbrettern oä.) ausgestattet werden kann.

Die Ergebnisse der Überprüfung und die Kosten sollen im Umweltausschuss berichtet werden.

Begründung

Der Lüftungsschacht der Garage am Hamerlingpark befindet sich mitten in der Hundezone und wird sehr gerne auch als Sitzfläche von Besucher*innen benützt, wenn die Hundezone gut besucht ist und die Sitzbänke besetzt sind. Es wäre überlegenswert, ob er Lüftungsschacht eventuell mit Sitzmöglichkeiten (z.B. mit Holzbrettern, die auf dem Betonrand des Schachts angebracht werden) ausgestattet werden kann.



Ersatzpflanzung in der Feldgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung
am 24.09.2025 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Die zuständige Magistratsabteilung möge überprüfen, ob in der Feldgasse am Standort neben der
Pizzeria „Toscana“, wo im Sommer leider ein großkroniger Baum gefällt werden musste, ein XL-Baum
als Ersatzpflanzung gesetzt werden kann.

Das Ergebnis der Überprüfung soll im Umweltausschuss berichtet werden.

Begründung

Leider musste im Sommer ein großkroniger Baum aufgrund einer Baumkrankheit in der Feldgasse
gefällt werden. Es wäre wünschenswert, wenn als Ersatzpflanzung ein XL-Baum kommen könnte, da
dieser bereits eine gewisse Größe hat und somit rasch für die Gäste des dortigen Gastgartens und die
Schüler*innen des Gymnasium Feldgasse Schatten spenden könnte.

Aufstellen einer Progressive Pride Flag im Sitzungssaal der BV Josefstadt

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung
am 24.9.2025 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Josefstadt möge beschließen, dass die Regenbogenflagge im Saal der
Bezirksvertretung Josefstadt mit einer Progressive Pride Flag ersetzt wird. Der Herr Bezirksvorsteher
wird ersucht die Umsetzung dieses Beschlusses zu veranlassen.

Begründung

Die Regenbogenflagge ist seit den späten 1970er-Jahren ein zentrales Symbol der weltweiten
LGBTIQ+-Community. Sie steht allgemein für Vielfalt, Sichtbarkeit und die Forderung nach gleichen
Rechten unabhängig von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität.

In den letzten Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass manche Gruppen innerhalb der Community –
insbesondere schwarze queere Menschen sowie trans, inter* und nicht-binäre Personen – in vielen
Kontexten weniger sichtbar sind. Die Progressive Pride Flag wurde entwickelt, um diese Aspekte
stärker zu betonen: Sie ergänzt die klassischen Regenbogenfarben um Pfeile in Schwarz, Braun, Weiß,
Rosa und Hellblau, die für antirassistische Solidarität, trans, inter* und nicht-binäre Identitäten sowie
für Menschen mit HIV/Aids stehen.

Wer heute ein Zeichen für die gesamte Vielfalt und Gleichberechtigung der Community setzen
möchte, greift deshalb häufig zur Progressive-Pride-Flag. Sie signalisiert, dass es nicht nur um
allgemeine Akzeptanz geht, sondern auch um echte Inklusion und den aktiven Abbau von Barrieren
innerhalb und außerhalb der Community. Hier sollte auch die Bezirksvertretung Josefstadt ein starkes
Zeichen setzen.

Antrag betreffend Digitale Amtstafel in der Josefstadt

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der NEOS Josefstadt und SPÖ Josefstadt stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.09.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Magistratsabteilungen MA 19 und MA 01 werden ersucht, die Machbarkeit der Errichtung digitaler Amtstafeln im 8. Bezirk zu prüfen und dabei insbesondere

- **geeignete Standorte** (z. B. stark frequentierte Haltestellen des öffentlichen Verkehrs oder zentrale Plätze),
- die **voraussichtlichen Kosten** für Errichtung, Betrieb und Wartung

zu erheben und das Ergebnis dieser Prüfung der Bezirksentwicklungskommission vorzulegen.

Begründung:

In mehreren Gemeinden Österreichs sind bereits digitale Amtstafeln erfolgreich im Einsatz. Sie ermöglichen eine zeitgemäße, barrierefreie und umfassende Information der Bürger:innen.

Für die Josefstadt ergibt sich dadurch die Möglichkeit, nicht nur den gesetzlichen Informationspflichten nachzukommen, sondern auch Kulturangebote und Veranstaltungen aus dem Bezirk zentral und sichtbar zu präsentieren.

Die Platzierung an neuralgischen Verkehrspunkten wie Bim- und Bushaltestellen erlaubt es, die Wartezeit von Nutzer:innen des öffentlichen Verkehrs sinnvoll zu nutzen und sie aktuell über das Geschehen im Bezirk zu informieren.

Digitale Amtstafeln schaffen damit mehr Transparenz, fördern die Teilnahme am Kulturleben und tragen zu einer besseren öffentlichen Wahrnehmung von Initiativen und Angeboten in der Josefstadt bei.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und -räte der Fraktion "ÖVP8 – Die Josefstadtpartei." stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2025 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Auflösung der Ladezone Lange Gasse 20-22

Die zuständigen Magistratsdienststellen werden ersucht, die ehemalige Ladezone vor der ehemaligen BILLA-Filiale in der Lange Gasse 20-22, die jetzt als Parkverbotszone ausgeschildert ist, aufzulösen und den dadurch gewonnenen Raum den Josefstädterinnen und Josefstädtern als Stellplätze für Kfz zur Verfügung zu stellen.

BEGRÜNDUNG:

Die ehemalige Ladezone vor dem ehemaligen BILLA-Standort in der Lange Gasse 20–22 ist seit der Schließung des Geschäfts eine Parkverbotszone. Die derzeitige Widmung führt somit zu einer ineffizienten Nutzung des öffentlichen Raums. Durch die Auflösung der Ladezone können dringend benötigte Stellplätze für die Anrainerinnen und Anrainer geschaffen werden. Dies trägt zu einer besseren Auslastung der vorhandenen Parkflächen und zu einer Entlastung der Parkplatzsituation im Grätzel bei.



Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und -räte der Fraktion "ÖVP8 – Die Josefstadtpartei." stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2025 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Überprüfung der Installation von Count-Down-Ampeln

Die zuständigen Magistratsdienststellen werden ersucht, zu überprüfen, ob an der Kreuzung Josefstädter Straße / Landesgerichtsstraße anstatt der bestehenden Ampeln, Count-Down-Ampeln installiert werden können. Die Ergebnisse sollen der Mobilitätskommission berichtet werden.

BEGRÜNDUNG:

Die derzeitige Lichtsignalregelung an der Kreuzung Josefstädter Straße / Landesgerichtsstraße sorgt häufig für Verwirrung. Die Bedeutung der Räumzeit (oranges Blinken der Ampel) ist vielen Fußgängern und Radfahrern nicht bewusst. Deshalb kommt es auch vermehrt zu Beschwerden über die zu kurze Grünphase an dieser Kreuzung.

Dieses Problem könnte durch die Installation von „Countdown-Ampeln“ gelöst werden. Eine solche Ampel zeigt die verbleibende Zeit bis zur nächsten Signalphase (Rot, Gelb oder Grün) an.

Fußgänger und Radfahrer könnten dadurch ihr Verhalten besser anpassen. Dies reduziert spontane und potenziell gefährliche Entscheidungen wie das plötzliche Überqueren der Fahrbahn bei einsetzender Rotphase.

Die Installation von Countdown-Ampeln dient somit der Verbesserung der Verkehrssicherheit sowie der Erhöhung des Komforts für alle Verkehrsteilnehmenden. Diese Art von Ampeln haben sich bereits in einigen europäischen Städten bewährt.



Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und -räte der Fraktion "ÖVP8 – Die Josefstadtpartei." stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2025 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Ergänzung des öfftl. WCs Hamerlingpark um einen Wickeltisch

Die zuständigen Magistratsdienststellen werden ersucht, die kürzlich errichtete, öffentliche WC-Anlage am Hamerlingpark um einen Wickeltisch/eine Wickelgelegenheit zu ergänzen.

BEGRÜNDUNG:

Die vor kurzem errichtete WC-Anlage am Hamerlingpark stellt eine deutliche Verbesserung für die Aufenthaltsqualität im Grätzel dar.

Aufgrund der beiden Kinderspielplätze im Park, davon ein Kleinkinderspielplatz, ist der Bedarf an einer Wickelgelegenheit gegeben.

In den Vorgesprächen im Rahmen der kommissionellen bzw. Ausschuss-Sitzungen in der Vorperiode wurde seitens der Magistratsdienststellen wiederholt die Errichtung einer Wickelgelegenheit in Aussicht gestellt. Die Anbringung eines klappbaren Wickeltisches aus Edelstahl sollte zum Beispiel beim barrierefreien WC kein Problem darstellen.

Bis jetzt gibt es eine solche Gelegenheit aber nicht.



Die NEOS Josefstadt Bezirksrät:innen

Julia Gremsl, Christina Marchesani,
Maximilian Prandstätter, Dirk Volavsek

Antrag betreffend Lückenschluss Radroute Hamerlingpark

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Josefstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 24.9.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien mögen einen Vorschlag für RgE (Radfahren gegen die Einbahn) oder einen von der Fahrbahn baulich getrennten Radweg in nördlicher Richtung in der Skodagasse zwischen Josef-Matthias-Hauer-Platz und Florianigasse erarbeiten und an die Mobilitätskommission berichten.

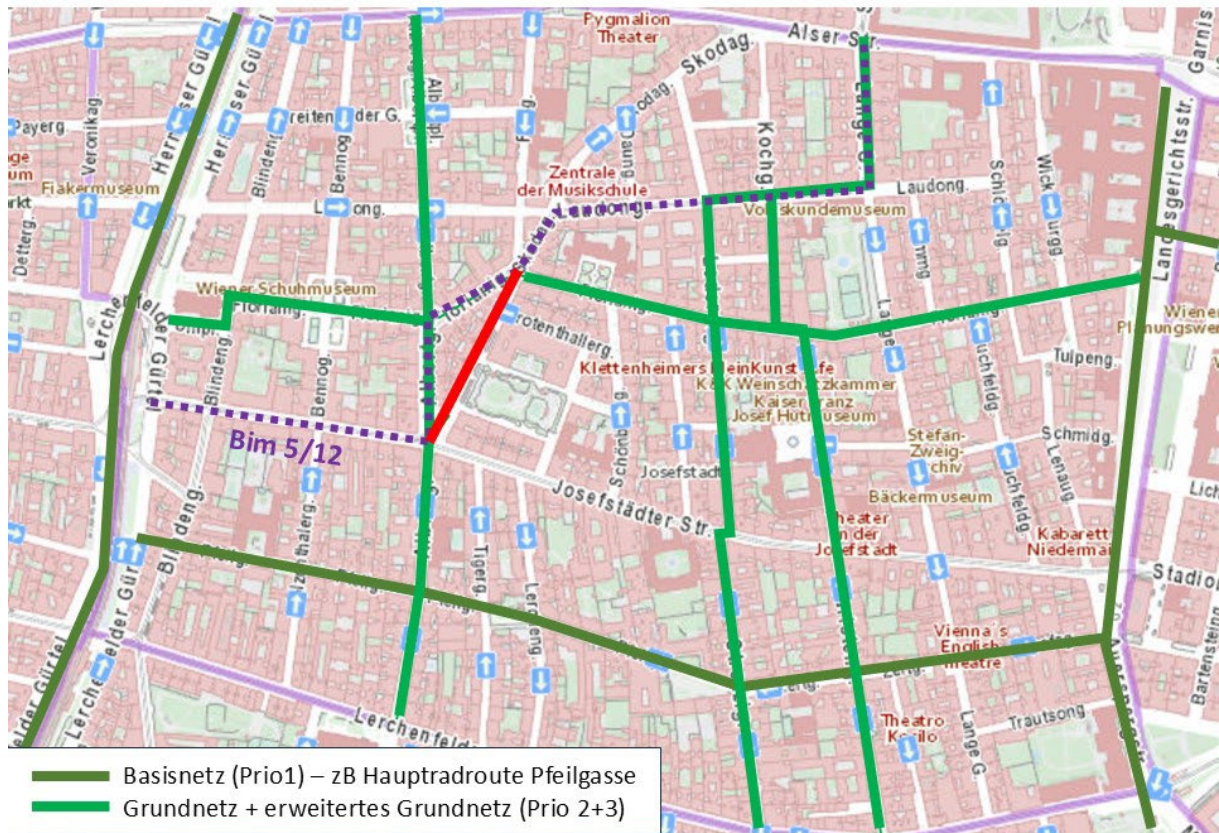
Begründung:

Während die Hauptradroute Pfeilgasse-Zeltgasse-Josefsgasse eine sichere Radverbindung zwischen Ottakring und der Inneren Stadt bietet und kürzlich attraktiviert wurde, bleibt die Querung des 8. Bezirks in Nord-Süd-Richtung ein weitgehend ungelöstes Problem. Die bestehende Querung über Piaristen-/Koch-/Laudon-/Lange Gasse bzw. Leder-/Strozzigasse, ohnehin weder sicher noch rasch, ist derzeit für Radfahrende aus der Albertgasse kommend ab dem Josef-Matthias-Hauer-Platz nur über einen Umweg und Schienenstraßen (Linie 5/12) erreichbar. Die beantragte Maßnahme würde zumindest eine sichere und kürzere Anbindung an den RgE Florianigasse ermöglichen.

In den bisher bekannten Plänen für die Umgestaltung des Josef-Matthias-Hauer-Platzes ist eine RgE-Lösung im Sinne dieses Antrags vorgesehen. Die Realisierung dieses Projekts ist aber frühestens 2027 zu erwarten, was für mindestens zwei weitere Jahre einen fehlenden Lückenschluss bedeuten würde. Die Umsetzung von RgE sollte kurzfristig und kostengünstig möglich sein und die Situation für Radfahrende im Bezirk verbessern.

NEOS

Hauptverkehrsnetz Wien - Radrouten





Die NEOS Josefstadt Bezirksrät:innen

Julia Gremsl, Christina Marchesani,
Maximilian Prandstätter, Dirk Volavsek

Antrag betreffend Gebärdensprachdolmetsch für mehr politische Teilhabemöglichkeit

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Josefstadt stellen zur Sitzung der
Bezirksvertretung am 24. September 2025
gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständige Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und
Digitales wird ersucht, für öffentliche Sitzungen der Bezirksvertretung die
Dolmetschung in Gebärdensprache umzusetzen. Die
Gebärdensprachdolmetschung soll künftig auch auf dem Livestream der
Bezirksvertretungssitzungen zu sehen sein.

Begründung:

Mit der Reform der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen ist es nun möglich,
öffentlichen Sitzungen Gebärdensprachdolmetscher:innen beizuziehen. Diese
Möglichkeit gilt es aktiv zu nutzen, um sicherzustellen, dass auch gehörlose
Menschen und Menschen mit Hörbeeinträchtigungen Zugang zu den politischen
Diskussionen und Entscheidungsprozessen in den Bezirken haben.

Barrierefreiheit ist eine Grundvoraussetzung für Teilhabe. Politik muss für alle
Bürger:innen zugänglich sein – unabhängig von individuellen Einschränkungen. Der
Einsatz von Gebärdensprachdolmetscher:innen trägt dazu bei, die Transparenz
politischer Prozesse zu erhöhen, demokratische Teilhabe zu fördern und einen
wichtigen Beitrag zu einer inklusiven Gesellschaft zu leisten.



Die NEOS Josefstadt Bezirksrät:innen

Julia Gremsl, Christina Marchesani,
Maximilian Prandstätter, Dirk Volavsek

Antrag betreffend Schaffung von Gartenstraßen

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Josefstadt stellen zur Sitzung der
Bezirksvertretung am 24. September 2025
gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständige Magistratsabteilung wird ersucht, konkrete Vorschläge für Standorte von
Gartenstraßen in der Josefstadt zu erarbeiten und diese mit der
Bezirksentwicklungskommission auf ihre Umsetzbarkeit hin zu diskutieren, sodass die
Josefstadt fix als Standort für eine oder mehrere Gartenstraßen im STEP 2035
berücksichtigt wird.

Begründung:

Die Josefstadt ist einer der am dichtesten bebauten Bezirke Wiens und verfügt über
besonders wenige frei zugängliche Grünflächen. Angesichts der Klimakrise und der
steigenden Temperaturen im Sommer ist es dringend notwendig, den Bezirk klimafit
zu machen, die Lebensqualität der Bewohner:innen zu erhöhen und den öffentlichen
Raum für alle attraktiv zu gestalten.

Gartenstraßen bieten eine niederschwellige Möglichkeit, Straßenräume dauerhaft zu
begrünen, Verkehrsberuhigung zu erreichen und die Aufenthaltsqualität zu steigern.
Besonders in dicht bebauten Bezirken wie der Josefstadt sind sie ein geeignetes
Instrument, um rasch und sichtbar Verbesserungen zu erzielen.

Das Stadtentwicklungsprogramm STEP 2035 sieht vor, bis 2035 insgesamt 25
Gartenstraßen in Wien zu errichten. Die Josefstadt ist damit der ideale Ort, um diese
Pläne in die Tat umzusetzen.

Grafik: [ORF.at/Stadt](https://orf.at/Stadt) Wien; Quelle: Stadt Wien (MA 18)

NEOS

Wiener Gartenstraßen

Beispielhafte Darstellung im Stadtraum





Die NEOS Josefstadt Bezirksrät:innen

Julia Gremsl, Christina Marchesani,
Maximilian Prandstätter, Dirk Volavsek

Antrag betreffend Einführung eines Sperrmülltages

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Josefstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 24. September 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, im Bezirk Josefstadt einen Sperrmülltag pro Jahr einzuführen, an dem alle Bürger:innen des Bezirks Josefstadt die Möglichkeit erhalten, ihren Sperrmüll an zentralen Müllsammelstellen (beispielsweise neben den bestehenden Papier- und Restmüllcontainern in den Wohnhausanlagen sowie an geeigneten Orten im öffentlichen Raum wie Christbaumsammelstellen) zu entsorgen.

Begründung:

1. Niederschwellige und kostenfreie Entsorgung für Bürger:innen Die derzeit verfügbaren Möglichkeiten zur Entsorgung von Sperrmüll – entweder durch eine kostenpflichtige Sperrmüllabfuhr, die Beantragung einer kostenpflichtigen Mulde oder den Transport zum Mistplatz – stellen für viele Bürger:innen eine Hürde dar. Dies betrifft insbesondere ältere Menschen, Personen ohne eigenes Transportmittel oder jene mit geringeren finanziellen Ressourcen. Ein jährlicher kostenfreier Sperrmülltag im Bezirk Josefstadt würde es allen Bürger:innen ermöglichen, ihren überflüssigen Sperrmüll auf einfache und unbürokratische Weise zu entsorgen. Dies begünstigt eine soziale und gerechte Abfallentsorgung im Bezirk. Eine gezielte Informationskampagne durch den Bezirk (z. B. über Bezirksblätter, Postwurfsendungen oder Bekanntmachungen in sozialen Medien) informiert zudem über den Termin, die Annahmebedingungen und die erlaubten Sperrmüllarten. Auch das Verbot illegaler Sammlungen könnte in diesem Zusammenhang nochmals betont werden.

2. Verringerung illegaler Sperrmüllentsorgung Illegale Sperrmüllentsorgung im öffentlichen Raum führt zu zusätzlichen Aufwänden und Kosten für die Stadt. Ein kostenfreier Sperrmülltag kann Bürger:innen motivieren, legale und geordnete Entsorgungswege zu nutzen, und so die unrechtmäßige Ablagerung von Sperrmüll in Gassen, Parks oder vor Müllcontainern reduzieren.



3. Effizientere Ressourcennutzung und Aufklärung Die MA 48 besitzt in Wien eine bewährte Infrastruktur zur Sammlung, Sortierung und Verwertung von Müll. Durch die organisierte Abholung des Sperrmülls an einem festgelegten Tag könnten verbliebene Wertstoffe im Sperrmüll effizienter aussortiert und einer Verwertung zugeführt werden. Zusätzliche Informationen der MA 48 über eine sachgemäße Mülltrennung im Zuge dieser Aktion könnten nachhaltig das Bewusstsein für Abfallfragen im Bezirk erhöhen.

4. Vorbildfunktion und Gemeinwohlförderung Andere Bezirke Wiens könnten von dieser Initiative inspiriert werden, ähnliche Sperrmülltage einzuführen, was insgesamt zur Verbesserung der Abfallwirtschaft in der gesamten Stadt Wien beiträgt. Darüber hinaus stärkt ein solches Angebot das Vertrauen der Bürger:innen in die öffentliche Verwaltung und zeigt, dass der Bezirk Josefstadt einen konsequenten Beitrag zum Gemeinwohl leistet.

Abschließend möchten wir festhalten, dass ein jährlicher kostenfreier Sperrmülltag im Bezirk Josefstadt eine unkomplizierte und erschwingliche Möglichkeit zur Entsorgung von Sperrmüll schaffen würde, die Umwelt und den öffentlichen Raum entlasten sowie das Bewusstsein für eine nachhaltige Abfallwirtschaft fördern.



Namens der Fraktion FPÖ Josefstadt, stellt Felix Schachner gemäß §24 Der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung am 24. September 25 folgenden

Antrag

Betreff: Aufstellung eines Mistkübels mit integriertem Ascherohr

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht, am Standort Friedrich-Schmidt-Platz 5 (U-Bahn-Station Rathaus) im 8. Bezirk die Aufstellung eines Mistkübels mit integriertem Aschenrohr zu veranlassen, um die ordnungsgemäße Entsorgung von Abfall und Zigarettenresten sicherzustellen.

Begründung:

Am Standort Friedrich-Schmidt-Platz 5, direkt bei der U-Bahn-Station Rathaus, fehlt derzeit eine geeignete Möglichkeit zur Entsorgung von Abfällen und Zigarettenstummeln. Mangels Alternativen werden diese oftmals achtlos auf den Boden geworfen, was zu einer stetigen Verschmutzung des öffentlichen Raums führt.

Klubobmann Felix Schachner, MA MSc



Namens der Fraktion FPÖ Josefstadt, stellt Felix Schachner gemäß §24 Der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung am 24. September 25 folgenden

Antrag

Betreff: Einführung eines Leerstands-Monitorings für Geschäftsflächen in der Josefstadt

Die Bezirksvertretung Josefstadt möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass für den 8. Bezirk ein vierteljährliches Monitoring der Erdgeschoß-Leerstände eingerichtet wird.

Dieses Monitoring soll

- alle Geschäftsflächen im Erdgeschoß entlang der Haupt- und Nebengeschäftsstraßen der Josefstadt (insb. Josefstädter Straße, Lerchenfelder Straße, Alser Straße und Nebenlagen) erfassen,
- Art des Leerstandes (temporär vs. dauerhaft) sowie Branche und frühere Nutzung dokumentieren,
- Veränderungen gegenüber dem Vorquartal aufzeigen (Neuansiedlungen, Geschäftsaufgaben, längerfristiger Leerstand),
- und der Bezirksvertretung Josefstadt quartalsweise in Berichtsform übermittelt werden, um eine gezielte Steuerung von Belebungsmaßnahmen (Pop-up-Förderungen, Kampagnen, Zwischennutzungen) zu ermöglichen.

Begründung:

Aktuelle Analysen des Handelsverbandes Österreich zeigen im City Retail Health Check 2025, dass die Leerstandsquote in den 24 größten Innenstadtbereichen von 4,9 % auf 5,5 % gestiegen ist. Diese Entwicklung unterstreicht, dass auch innerstädtische Bezirke wie die Josefstadt frühzeitig und datenbasiert gegensteuern müssen.



Ein transparentes, regelmäßig aktualisiertes Leerstands-Monitoring liefert die notwendige Datengrundlage, um lokale Gegenmaßnahmen (z. B. Pop-up-Förderungen, Ansiedlungsinitiativen, Geschäftsstraßen-Marketing) zielgerichtet und effizient einzusetzen.

Klubobmann Felix Schachner, MA MSc



KPÖ-LINKS Josefstadt stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, zur Bezirksvertretungssitzung am 24.09.2025, folgenden

Antrag

betreffend: Verkehrssicherheit am Wiener Gürtel

Die zuständige Stadträtin Ulli Sima wird ersucht, die verantwortliche Exekutive anzuweisen, die Verkehrskontrollen und Geschwindigkeitsüberwachung an bestimmten Abschnitten der Wiener Gürtelstraße deutlich zu intensivieren. Zusätzlich sollen an mehreren Stellen des Gürtels rasch neue stationäre Radargeräte installiert werden.

Begründung

Auf dem Wiener Gürtel kommt es weiterhin zu erheblichen Gefahren durch illegale Straßenrennen. Diese Rennen finden an unterschiedlichen Abschnitten statt, auch an jenen, die direkt an die Josefstadt angrenzen, wie dem Lerchenfelder Gürtel und dem Hernalser Gürtel. Die Fraktion hat zahlreiche Beschwerden aus der Bevölkerung erhalten, die auf diese Problematik hinweisen.

Ein Bericht einer Salzburger Touristengruppe, die in einer Nacht von Samstag auf Sonntag im vergangenen August mehrere Lokale am Gürtel besuchte, schildert die Situation eindrücklich: Die Gruppe beschreibt den Zustand vor Ort als „Kriegszustand“, bei dem ein Gespräch im Freien vor den Lokalen kaum möglich war. Bereits bei ihrer Ankunft fielen ihnen zahlreiche Fahrzeuge mit aufheulenden Motoren und überhöhter Geschwindigkeit auf. Besonders im Bereich zwischen Lerchenfelder Gürtel und Hernalser Gürtel wurden immer wieder laute Motorengeräusche sowie riskante Überholmanöver beobachtet. Während ihres Aufenthalts fühlten sich die Gäste durch den anhaltenden Lärm und das aggressive Fahrverhalten einiger Autofahrer erheblich gestört und verunsichert.

Als Ursache werden Autorennen mit getunten Motoren und lauten Auspuffen genannt. Die geltenden Geschwindigkeitsbeschränkungen werden laut Bericht völlig ignoriert, und die Polizei kann dem Treiben, das die ganze Nacht anhält, bislang keinen Einhalt gebieten. Anwohnerinnen und Anwohner können aufgrund des Lärms kaum schlafen, und auch die Touristengruppe fühlte sich gefährdet – sie bezweifelten, dass die Autofahrer bei diesem Tempo ihre Fahrzeuge unter Kontrolle haben.

Schlussfolgerung: Aus Sicht der KPÖ-LINKS Josefstadt ist es dringend erforderlich, gegen dieses rücksichtslose Verhalten vorzugehen – auch auf Ebene des Bezirks.

Für KPÖ-LINKS Josefstadt

Bezirksrat Herbert Fuxbauer

KPÖ-LINKS Josefstadt stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2025, folgenden

Antrag

betreffend: Schattenplätze Schönbornpark

Die zuständige Magistratsabteilung-42 wird ersucht, im Schönbornpark das Angebot an Sitzbänken und Tischen mit Schattenspendern zu erweitern. Konkret geht es um den eingezäunten Bereich für Kleinkinder rund um die vorhandene Sandkiste. Die an einer Seite angebrachten drei Tische mit je zwei Bänken stehen ab etwa 11 Uhr vormittags mehrere Stunden in der prallen Sonne. Die MA42 möge eine Planung, zusammen mit einem Kostenvoranschlag an den zuständigen Ausschuss in der Bezirksvertretung berichten.

Begründung

Dieser Bereich des Schönbornparks wird vorwiegend von Kleinkindern mit Erwachsenenbegleitung besucht. Der Sonnenschutz für Kleinkinder im Hochsommer ist von großer Bedeutung, um die empfindliche Haut vor den schädlichen Auswirkungen der UV-Strahlung zu schützen. Besonders in der Zeit von 10 bis 16 Uhr, wenn die UV-Strahlung am stärksten ist, ist direkte Sonneneinstrahlung zu vermeiden. Mit zusätzlichen 2 Tischen mit je zwei Sitzbänken mit Schattenspender kann hier Abhilfe geschaffen werden. Der Antrag entspringt einem Wunsch mehrerer Besucher und Besucherinnen des Schönbornparks.

Dieser Antrag wurde am 26.06.2024 in die Bezirksvertretungssitzung eingebracht und dem Umweltausschuss zugewiesen. Der Antrag wurde aber bisher nicht behandelt und nicht umgesetzt.

Für KPÖ-LINKS Josefstadt

Bezirksrat Herbert Fuxbauer

Resolution



365€ Jahreskarte

Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2025 gemäß §24 GO BV folgenden Antrag.

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Josefstadt spricht ihr Bedauern über das geplante Ende des 365€-Jahrestickets, einem Vorzeigeprojekt der klimasozialen Verkehrspolitik in Wien, aus und erklärt sich mit den durch diese klimasoziale Kürzung besonders betroffenen Personen solidarisch.

Begründung

Immer mehr Menschen halten den Öffis als Stammkund:innen die Treue, immer weniger besitzen ein eigenes Auto. 2024 besaßen ca. 1,3 Millionen Menschen - so viele wie noch nie - eine Jahreskarte oder ein anderes Dauerticket der Wiener Linien, aber nur noch 736.000 ein eigenes Auto. Damit bleibt ein Trend, der bereits seit 2015 besteht, unangefochten: Es gibt in Wien mehr Öffi-Stammkund:innen als zugelassene PKW.

Die 365€-Jahreskarte ist ein wesentlicher Pfeiler der Wiener Verkehrs- und Klimapolitik, um die angestrebten Ziele der Stadt Wien zu erreichen. Sie ist sowohl eine wichtige sozial- als auch klimapolitische Maßnahme. Eine Preiserhöhung würde die ohnehin gefährdeten Klimaziele der Stadt Wien im Bereich Mobilität in noch weitere Ferne rücken.

Vor Einführung der 365€-Jahreskarte im Jahr 2011 waren 350.000 Wiener:innen im Besitz einer Jahreskarte, seitdem steigt diese Zahl unaufhörlich. 2024 wurden 1.054.000 Jahreskarten (inkl. Klimatickets), 176.000 Top-/Jugendtickets und 62.000 Semesterkarten ausgegeben.

Bürgermeister Michael Ludwig hat mehrfach betont, dass der Preis für die 365€-Jahreskarte zumindest bis einschließlich 2026 nicht erhöht wird. Leider will er nun nichts mehr von seinem Wahlversprechen wissen - der Preis für das Öffi-Jahresticket soll ab 1.1.26 bereits auf 467€ steigen.

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind,
beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und -räte der Fraktion "ÖVP8 – Die Josefstadtpartei." stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2025 gem. § 24 GO BV folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

BETREFF:

Die Bezirksvertretung Josefstadt spricht sich gegen die jüngste Tarifierhöhung der Wiener Linien aus.

BEGRÜNDUNG:

Die öffentlichen Verkehrsmittel der Wiener Linien stellen für die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt ein zentrales Element der klimafreundlichen Fortbewegung dar. Gerade für Menschen mit geringem Einkommen, Studierende, Seniorinnen und Senioren sowie Familien, ist ein leistbares Ticketangebot entscheidend.

Eine Erhöhung der Ticketpreise würde insbesondere jene treffen, die bereits jetzt von der hohen Inflation und den steigenden Lebenshaltungskosten belastet sind. Gerade in einer Zeit, in der viele Haushalte mit finanziellen Unsicherheiten konfrontiert sind, ist es die Aufgabe der Stadt Wien, soziale Härten nicht zusätzlich zu verstärken.

Das derzeitige Budgetdefizit der Stadt Wien darf nicht durch eine Mehrbelastung der Wienerinnen und Wiener ausgeglichen werden. Stattdessen gilt es, strukturelle Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzen zu ergreifen, ohne die soziale Balance zu gefährden. Leistbare Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für eine klimafreundliche Zukunft in Wien und darf nicht den kurzfristigen Zwängen der Budgetpolitik geopfert werden.

Die Wiener Linien haben in den vergangenen Jahren entscheidend zur Attraktivität und Lebensqualität unserer Stadt beigetragen. Um diese Errungenschaft zu sichern, ist es notwendig, die Tarifierhöhungen abzulehnen und so weiterhin eine faire und sozial ausgewogene Mobilität für alle Josefstädterinnen und Josefstädter zu gewährleisten.

